

Dipl.-Volkswirt Hans Rehm, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Öffentliche Finanzen im Jahr 2004

Die vierteljährliche Kassenstatistik bietet die aktuellsten Daten im Bereich der öffentlichen Finanzen und ist eine wichtige Grundlage für wirtschafts-, finanz- und geldpolitische Entscheidungen. Sie ermöglicht ein umfassendes Bild der Finanzen des öffentlichen Gesamthaushalts. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen üben einen bedeutenden Einfluss auf die Entwicklung der öffentlichen Finanzen aus. Zum Jahresbeginn 2004 setzte sich die seit Mitte 2003 zu beobachtende Konjunkturerholung – gemessen an der Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts – fort. Der in den ersten beiden Quartalen des Jahres 2004 verzeichnete Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von +1,6 bzw. +1,9% fiel im dritten Vierteljahr mit +1,2% schwächer aus, stieg jedoch zum Jahresende wieder auf +1,5% an. Insgesamt wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2004 um 1,6% gegenüber dem Vorjahr, in dem es ein leichtes Minus von –0,1% aufwies. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt blieb auch 2004 ernst und beeinflusste sowohl die Einnahmenseite als auch die Ausgabeseite der öffentlichen Haushalte gravierend. Ende des Jahres 2004 wurden fast 4,5 Mill. Arbeitslose registriert. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen betrug 10,8%.

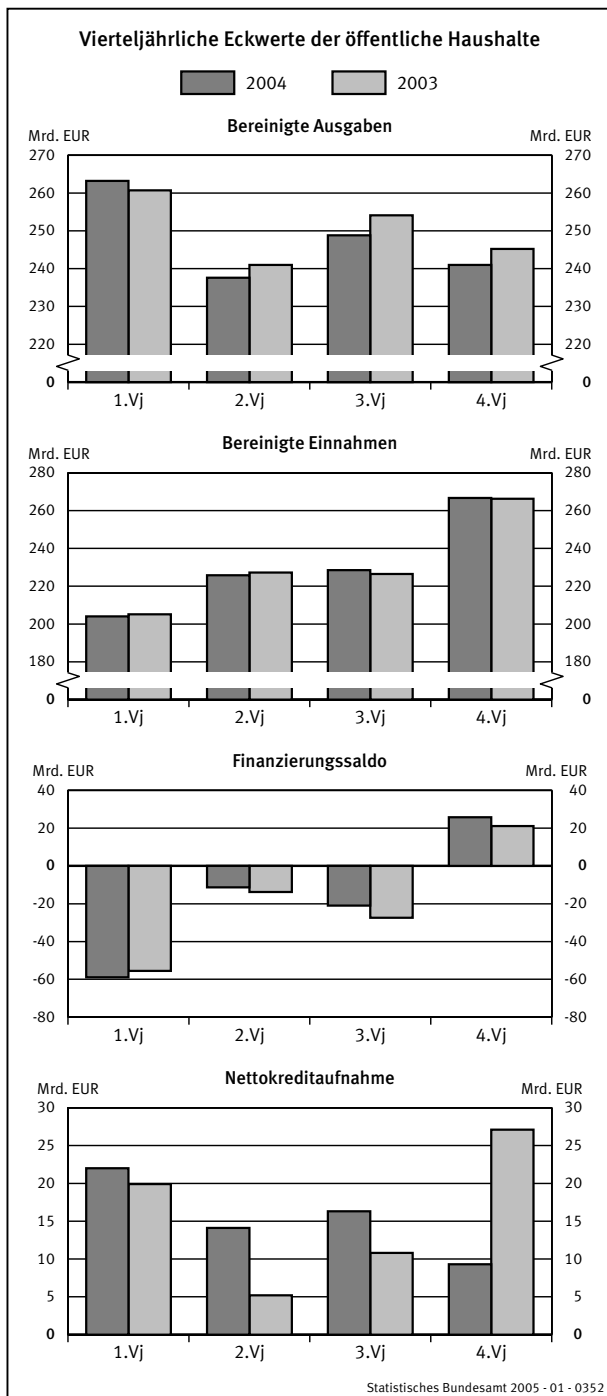
Auf die schwierige Finanzlage reagierten im Jahr 2004 zahlreiche öffentliche Haushalte mit dem Erlass von Haushaltssperren. Zudem verabschiedeten der Bund und mehrere Länder Nachtragshaushalte wegen im Laufe des Jahres zusätzlich entstandener Belastungen.

Die Ausgaben der öffentlichen Haushalte lagen nur im ersten Quartal 2004 um knapp 1,0% über den Ausgaben des entsprechenden Vorjahresquartals. In den Folgequartalen

blieben sie darunter, sodass das Jahresergebnis der öffentlichen Ausgaben von 990,1 Mrd. Euro schließlich um 1,1% unter Vorjahresniveau blieb. Die Einnahmen der öffentlichen Haushalte erreichten im Jahr 2004 mit 924,9 Mrd. Euro fast Vorjahresniveau (–0,1%). In der Betrachtung nach Vierteljahren blieben sie in der ersten Jahreshälfte geringfügig unter den Einnahmen der jeweiligen Vorjahresquartale und lagen in der zweiten Jahreshälfte jeweils geringfügig darüber (siehe das Schaubild).

Der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte in der Abgrenzung der Finanzstatistik (einschl. des Saldos der haushaltstechnischen Verrechnungen) wies im ersten Vierteljahr 2004 – wie im Vorjahr – das größte Defizit auf (59,0 Mrd. Euro), welches sich in den beiden Folgequartalen jedoch deutlich reduzierte und jeweils unter dem Niveau des Vorjahresquartals lag. Der im vierten Quartal erzielte Finanzierungsüberschuss war mit 25,8 Mrd. Euro höher als im vierten Vierteljahr 2003 und trug dazu bei, dass sich das Finanzierungsdefizit im Jahr 2004 gegenüber dem Vorjahr um 10,4 Mrd. Euro auf 65,1 Mrd. Euro verringerte. Die Nettokreditaufnahme der öffentlichen Haushalte, der Saldo aus Schuldenaufnahme und Schuldentilgung, wies in den ersten drei Quartalen gegenüber dem Vorjahr kräftige Zuwächse auf. Durch den starken Rückgang im vierten Vierteljahr 2004 wurden die Zuwächse in den Vorquartalen überkompensiert, sodass die Nettokreditaufnahme der öffentlichen Haushalte im Jahresergebnis um 1,2 Mrd. Euro unter dem Vorjahresergebnis blieb.

Der folgende Bericht gibt einen Überblick über die Entwicklung der Finanzen der einzelnen Ebenen des öffentlichen Gesamthaushalts im Gesamtjahr 2004.



Vorbemerkung

Die vierteljährliche Kassenstatistik zeigt, welche Einnahmen den öffentlichen Haushalten zugeflossen sind, welche Ausgaben sie damit finanzieren konnten und in welchem Umfang sie darüber hinaus auf Fremdmittel (Verschuldung am Kreditmarkt) oder Rücklagen zur Deckung des Finanzierungssaldos zurückgreifen mussten. Der Finanzierungssaldo in der Abgrenzung der Finanzstatistik entspricht damit im Wesentlichen dem Kassendefizit (oder -überschuss) der öffentlichen Haushalte. Er ist aufgrund methodischer Unterschiede nicht identisch mit dem Finanzierungssaldo des Staates in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

(Staatsdefizit). Die Belastung der öffentlichen Haushalte künftiger Jahre aus aufgenommenen Fremdmitteln ergibt sich aus dem Nachweis des Schuldenstandes in der Kassenstatistik.

Die Kassenstatistik erfasst bei den öffentlichen Haushalten vierteljährlich für das abgelaufene Quartal die Ist-Ausgaben und Ist-Einnahmen in der Gliederung nach Ausgabe- und Einnahmearten, die Bauausgaben nach Aufgabenbereichen und den Schuldenstand am Ende eines jeden Vierteljahres nach den Hauptschuldarten. Die Kassenstatistik gibt damit regelmäßig ein sehr aktuelles und umfassendes Bild des öffentlichen Gesamthaushalts.

Zu den öffentlichen Haushalten gehören der Bund, die deutschen Finanzanteile an der Europäischen Union (EU), die Bundessondervermögen (Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche Einheit“, Bundeseseisenbahnvermögen, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Versorgungsrücklage und Fonds „Aufbauhilfe“), die Länder einschließlich der Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg, die Gemeinden und Gemeindeverbände (ohne kommunale Zweckverbände), die Träger der gesetzlichen Sozialversicherung (Krankenversicherung, Pflegeversicherung, Unfallversicherung, Rentenversicherung, Altershilfe für Landwirte) und die Bundesagentur für Arbeit.

Die finanzstatistischen Daten werden nach den Haushaltssystematiken von Bund und Ländern sowie der Gemeinden/Gv. erfasst. Die Haushaltssystematik des Bundes und der Länder wurde Ende der 1990er-Jahre überarbeitet.

Öffentlicher Gesamthaushalt

Die *Ausgaben* der öffentlichen Haushalte gingen im Jahr 2004 im Vergleich zum Vorjahr um 1,1% auf 990,1 Mrd. Euro zurück (siehe Tabelle 1). Ursächlich hierfür waren deutlich niedrigere Ausgaben für Sachinvestitionen (-5,2% auf 34,3 Mrd. Euro), für Darlehensgewährungen (-2,7% auf 7,4 Mrd. Euro) sowie niedrigere laufende Sachausgaben (-1,7% auf 217,2 Mrd. Euro), Personalausgaben (-0,4% auf 184,6 Mrd. Euro) und Zinsausgaben (-1,3% auf 65,2 Mrd. Euro). Allein die Ausgaben für Sozialleistungen (+0,5% auf 367,2 Mrd. Euro) waren etwas höher als 2003.

Die *Einnahmen* der öffentlichen Haushalte blieben im Jahr 2004 mit 924,9 Mrd. Euro fast auf Vorjahresniveau (-0,1%). Im Einzelnen entwickelten sie sich unterschiedlich: Während der Bund (-3,2%) und die Bundessondervermögen einschließlich der EU-Anteile (-24,1%) gegenüber dem Vorjahr weniger einnahmen, verzeichneten Länder (+1,7%), Kommunen (+2,8%) und die Sozialversicherung (+0,4%) Mehreinnahmen. Der Grund für die divergierende Einnahmentwicklung lag vor allem in den Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben – der wichtigsten Einnahmequelle der Gebietskörperschaften. Die Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben waren beim Bund rückläufig (-2,3% auf 209,0 Mrd. Euro), nahmen jedoch bei den Ländern (+1,7% auf 164,5 Mrd. Euro) und Gemeinden (+9,4% auf 51,2 Mrd. Euro) zu. Auf der kommunalen Ebene fiel der Anstieg der Gewerbesteuererinnahmen nach Abzug

der an Bund und Länder abzuführenden Gewerbesteuerumlage deutlich höher aus (+ 35,7% auf 20,6 Mrd. Euro), wobei sich hier die Absenkung der Umlage besonders auswirkte. Bei der gesetzlichen Sozialversicherung stiegen die Beitrags-einnahmen, die finanzstatistisch zu den steuerähnlichen Abgaben rechnen, im Berichtszeitraum geringfügig um 0,2% auf 374,2 Mrd. Euro.

Tabelle 1: Ausgaben, Einnahmen und Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts

Ausgaben/Einnahmen	2004	2003	Veränderung
	MILL. EUR		%
Bereinigte Ausgaben	990 104	1 001 066	- 1,1
darunter:			
Personalausgaben	184 638	185 297	- 0,4
Laufender Sachaufwand	217 176	220 954	- 1,7
Zinsausgaben	65 170	66 032	- 1,3
Laufende Zuweisungen an öffentlichen Bereich ¹⁾	232 137	234 599	- 1,0
Soziale u. ä. Leistungen	367 152	365 456	+ 0,5
Baumaßnahmen	25 772	27 321	- 5,7
Erwerb von Sachvermögen	8 479	8 826	- 3,9
Darlehensgewährungen	7 395	7 597	- 2,7
Bereinigte Einnahmen	924 871	925 354	- 0,1
darunter:			
Steuern und steuerähnliche Abgaben	818 004	816 326	+ 0,2
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	14 195	19 758	- 28,2
Laufende Zuweisungen vom öffentlichen Bereich ¹⁾	225 531	232 994	- 3,2
Gebühren u. ä. Entgelte	23 351	23 685	- 1,4
Veräußerung von Beteiligungen ..	13 328	7 988	+ 66,9
Finanzierungssaldo ²⁾	- 65 127	- 75 552	X
Nettokreditaufnahme	61 712	62 907	X
Schuldenaufnahme	284 481	288 342	- 1,3
Schuldentilgung	222 769	225 435	- 1,2
Stand der Schulden am 31. Dezember			
Kreditmarktschulden	1 387 631	1 318 403	+ 5,3
Kassenverstärkungskredite ³⁾	34 947	32 342	+ 8,1

1) Einschl. Schuldendiensthilfen. – 2) Einschl. Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen. – 3) Zur Überbrückung vorübergehender Liquiditätsengpässe.

Als Differenz zwischen den Einnahmen und Ausgaben errechnet sich in finanzstatistischer Abgrenzung für das Jahr 2004 ein *Finanzierungsdefizit* (einschl. interner Verrechnungen) in Höhe von 65,1 Mrd. Euro, das um 10,4 Mrd. Euro unter dem vergleichbaren Vorjahresergebnis von 75,6 Mrd. Euro lag.

Das Finanzierungsdefizit des Bundes erhöhte sich im Berichtszeitraum um 0,6 auf 39,8 Mrd. Euro. Die Sondervermögen des Bundes wiesen 2004 einen Finanzierungsüberschuss von 1,7 Mrd. Euro auf (Vorjahr: 9,9 Mrd. Euro). Dagegen verringerten die Länder ihr Finanzierungsdefizit binnen Jahresfrist um 6,4 auf 25,2 Mrd. Euro und die Gemeinden/Gv. um 4,7 auf 3,8 Mrd. Euro. Die Sozialversicherung erzielte 2004 einen Finanzierungsüberschuss von 2,1 Mrd. Euro – im Vorjahr wies sie noch ein Finanzierungsdefizit von 6,0 Mrd. Euro aus. Der Grund für die positive Entwicklung lag in einem Überschuss der gesetzlichen Krankenversicherung von 4,0 Mrd. Euro und einem durch Sondereinnahmen aus Beteiligungsveräußerung bedingten Rückgang des Defizits bei der gesetzlichen Rentenversicherung auf 1,4 Mrd. Euro.

Finanziert wurde das Defizit der öffentlichen Haushalte durch eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 61,7 Mrd. Euro, durch Entnahmen aus Rücklagen sowie durch kurzfristige Kassenverstärkungskredite zur Überbrückung vorübergehender Liquiditätsengpässe.

Die *Schulden* der öffentlichen Haushalte erreichten zum Jahresende 2004 einen Stand von 1 387,6 Mrd. Euro. Sie erhöhten sich damit gegenüber dem Vorjahr um 5,3%. Während sich die Kreditmarktschulden bei den Gemeinden/Gv. lediglich geringfügig um 0,3% auf 84,4 Mrd. Euro erhöhten, stiegen sie beim Bund um 5,6% auf 803,0 Mrd. Euro und bei den Ländern um 6,8% auf 443,0 Mrd. Euro.

Neben diesen Schulden hatten die öffentlichen Haushalte am Jahresende 2004 noch 34,9 Mrd. Euro kurzfristige Verbindlichkeiten, die zur Deckung vorübergehender Liquiditätsengpässe aufgenommen worden waren (Kassenverstärkungskredite).

Bund

Die *Ausgaben* des Bundes beliefen sich im Jahr 2004 auf 273,6 Mrd. Euro (siehe Tabelle 2) und nahmen damit gegenüber dem Vorjahr um 2,5% bzw. 7,1 Mrd. Euro ab. Zurückzuführen ist diese Veränderung hauptsächlich auf Rückgänge bei den Hauptausgabepositionen Personal- und Sachausgaben sowie laufende Zuweisungen. Mit 26,8 Mrd. Euro lagen die Personalausgaben um 1,8% unter dem Vorjahreswert. Neben dem weiterhin durchgeführten Personalabbau im öffentlichen Dienst war das Ende 2003 verabschiedete Bundessonderzahlungsgesetz dafür verantwortlich. Danach wurden Urlaubs- und Weihnachtsgeld der Beamtinnen und Beamten und Versorgungsempfänger/-innen zu einer jährlichen Sonderzahlung zusammengefasst, die jedoch deutlich unter dem Niveau der bisher getrennt gezahlten Urlaubs- und Weihnachtsgelder lag.

Die Sachausgaben beliefen sich 2004 auf 16,9 Mrd. Euro. Sie wiesen denselben prozentualen Rückgang wie die Personalausgaben auf.

Mit 126,8 Mrd. Euro lagen die laufenden Zuweisungen (einschließlich Schuldendiensthilfen) an andere öffentliche Haushalte um 3,5 Mrd. Euro (- 2,7%) unter dem Vorjahresniveau, insbesondere, weil der Bund 2004 dem Erblastentilgungsfonds, der die wesentlichen Elemente der finanziellen Erblasten der ehemaligen DDR zusammenfasst, keine Mittel zur Verfügung stellen konnte. Ursächlich dafür war, dass aufgrund wechselkursbedingter Wertberichtigungen der Devisenbestände und niedriger Erlöse aus Finanzanlagen die Gewinnausschüttung der Deutschen Bundesbank im Jahr 2004 nur rund 0,25 Mrd. Euro (2003: 5,4 Mrd. Euro) betrug und daher nicht ausreichend Mittel für Schuldendiensthilfen an den Erblastentilgungsfonds verfügbar waren.

Ausgabensteigerungen gegenüber 2003 verzeichneten dagegen die Aufwendungen für Sozialleistungen (+ 7,3% auf 25,4 Mrd. Euro), begründet durch die weiterhin ungünstige Lage auf dem Arbeitsmarkt, und die Baumaßnahmen (+ 3,2% auf 5,5 Mrd. Euro). Die Darlehensgewährung führte der Bund um 10,6% auf 2,4 Mrd. Euro zurück.

Tabelle 2: Ausgaben, Einnahmen und Schulden der staatlichen Haushalte

Ausgaben/Einnahmen	Bund			Sondervermögen des Bundes ¹⁾ und EU-Anteile			Sozialversicherung			Länder		
	2004	2003	Veränderung	2004	2003	Veränderung	2004	2003	Veränderung	2004	2003	Veränderung
	Mill. EUR		%	Mill. EUR		%	Mill. EUR		%	Mill. EUR		%
Bereinigte Ausgaben	273 562	280 706	-2,5	34 849	38 196	-8,8	466 134	472 473	-1,3	255 941	258 592	-1,0
darunter:												
Personalausgaben	26 758	27 235	-1,8	7 245	7 584	-4,5	12 843	12 936	-0,7	97 332	97 069	+0,3
Laufender Sachaufwand	16 878	17 192	-1,8	57	49	+16,3	149 228	152 771	-2,3	21 882	21 811	+0,3
Zinsausgaben	36 274	36 875	-1,6	2 873	3 106	-7,5	403	338	+19,2	20 831	20 611	+1,1
Laufende Zuweisungen an öffentlichen Bereich ²⁾	126 843	130 360	-2,7	947	1 568	-39,6	15 124	14 530	+4,1	51 687	51 063	+1,2
Soziale u. ä. Leistungen	25 396	23 667	+7,3	77	89	-13,5	298 462	300 108	-0,5	11 288	11 078	+1,9
Baumaßnahmen	5 466	5 298	+3,2	15	79	-81,0	241	215	+12,1	4 653	4 891	-4,9
Erwerb von Sachvermögen	1 425	1 398	+1,9	1	2	-50,0	667	686	-2,8	2 076	2 167	-4,2
Darlehensgewährungen	2 383	2 665	-10,6	2 480	2 626	-5,6	79	69	+14,5	1 905	1 781	+7,0
Bereinigte Einnahmen	233 802	241 532	-3,2	36 520	48 114	-24,1	467 964	466 206	+0,4	230 779	226 962	+1,7
darunter:												
Steuern und steuerähnliche Abgaben	208 972	213 948	-2,3	19 183	20 516	-6,5	374 191	373 365	+0,2	164 482	161 740	+1,7
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	1 013	6 117	-83,4	27	28	-3,6	41	22	+86,4	4 522	4 309	+4,9
Laufende Zuweisungen vom öffentlichen Bereich ²⁾	3 246	2 942	+10,3	8 022	16 514	-51,4	102 238	102 892	-0,6	39 931	40 051	-0,3
Gebühren u. ä. Entgelte	1 786	2 260	-21,0	-	-	-	39	63	-38,1	5 422	5 145	+5,4
Veräußerung von Beteiligungen ..	8 636	5 159	+67,4	-	-	-	2 123	-	+100,0	1 156	1 085	+6,5
Finanzierungssaldo ³⁾	-39 800	-39 231	X	1 671	9 917	X	2 057	-6 029	X	-25 220	-31 669	X
Nettokreditaufnahme	39 542	38 648	X	-1 508	-480	X	-	-	-	22 822	23 445	X
Schuldenaufnahme	199 582	192 328	+3,8	227	13 358	-98,3	-	-	-	75 882	71 818	+5,7
Schuldentilgung	160 040	153 680	+4,1	1 735	13 838	-87,5	-	-	-	53 060	48 373	+9,7
Stand der Schulden am 31. Dezember												
Kreditmarktschulden	802 997	760 453	+5,6	57 253	58 829	-2,7	-	-	-	442 973	414 950	+6,8
Kassenverstärkungskredite ⁴⁾	9 088	7 244	+25,5	-	124	-100,0	-	-	-	5 700	8 714	-34,6

1) Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche Einheit“, Bundeseseisenbahnvermögen, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, „Versorgungsrücklage des Bundes“, Fonds „Aufbauhilfe“. – 2) Einschl. Schuldendiensthilfen. – 3) Einschl. Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen. – 4) Zur Überbrückung vorübergehender Liquiditätspässe.

Die *Einnahmen* des Bundes betragen 2004 233,8 Mrd. Euro (siehe Tabelle 2). Gegenüber den Einnahmen im Jahr 2003 entspricht das einem prozentualen Rückgang um 3,2%.

Ursächlich für diese Entwicklung waren im Wesentlichen die mit 209,0 Mrd. Euro um 2,3% gegenüber dem Vorjahr geringeren Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben. Zurückzuführen ist diese Einbuße auf die zu Beginn des Jahres 2004 in Kraft getretene Senkung des Einkommensteuertarifs¹⁾, die in erster Linie zu Einnahmenminderungen bei der Lohnsteuer (-6,8% auf 52,7 Mrd. Euro), aber auch beim Solidaritätszuschlag (-1,7% auf 10,1 Mrd. Euro) führte, sowie die weiterhin anhaltende schwierige Arbeitsmarktlage.

Maßgeblich für die Abnahme war darüber hinaus, dass die Einnahmen der beiden aufkommenstärksten reinen Bundessteuern, der Tabaksteuer und der Mineralölsteuer auf Kraftstoffe, um je 3,3% auf 13,6 bzw. 41,8 Mrd. Euro zurückgingen. Ursächlich dafür waren Konsumeinschränkungen, hervorgerufen durch die Erhöhung der Tabaksteuer²⁾ und den starken Anstieg des Rohölpreises. Insgesamt sanken die Einnahmen aus den Bundessteuern gegenüber 2003 um 2,4% auf 84,6 Mrd. Euro.

Kräftig gesunken gegenüber dem Vorjahr sind die Einnahmen des Bundes aus der Gewerbesteuerumlage, und zwar um 36,6% auf 1,5 Mrd. Euro. Grund dafür war, dass im Zuge der Verhandlungen zur Gemeindefinanzreform 2003, die die Finanzausstattung der Kommunen verbessern sollte, eine Senkung der von den Kommunen an Bund und Länder abzuführenden Umlage aus dem Gewerbesteueraufkommen beschlossen wurde.³⁾

Noch stärker nahmen die Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit ab (-83,4% auf 1,0 Mrd. Euro), weil der Bundesbankgewinn, wie bereits erwähnt, um 5,15 Mrd. Euro auf 0,25 Mrd. Euro zurückging.

Die negative Einnahmensituation des Bundes wurde 2004 zusätzlich dadurch verschärft, dass eingeplante Gebühreneinnahmen aus der Lkw-Maut in Höhe von 2,8 Mrd. Euro aufgrund technischer Probleme des Systems ausblieben.

Die insgesamt gegenüber 2003 schlechtere Einnahmensituation konnte mit dem Verkauf von so genannten Russlandforderungen am Kapitalmarkt abgemildert werden. Hintergrund dieser heutigen Forderungen (rund 14 Mrd. Euro) sind vom Bund vergebene Garantien an deutsche

1) Im Zuge der Einkommensteuerreform wurden der tarifliche Spitzensteuersatz von 48,5 auf 45% und der Eingangssteuersatz von 19,9 auf 16% reduziert.

2) Die Tabaksteuer wurde in zwei Schritten, zum 1. März 2004 und zum 1. Dezember 2004, um je 1,2 Cent je Zigarette erhöht.

3) Siehe Gesetz zur Änderung des Gewerbesteuergesetzes und anderer Gesetze vom 23. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2922).

Exporteure für ihre Ausfuhren in die Russische Föderation. Aufgrund von Zahlungsschwierigkeiten der Russischen Föderation bei der Begleichung der Importverbindlichkeiten wurde im „Pariser Club“⁴⁾ eine Umschuldung vereinbart. Die Folge war, dass die Forderungen der deutschen Exporteure auf den Bund übergingen. Mitte 2004 verkaufte der Bund einen Teil davon in Form so genannter „Credit Linked Notes“ am Kapitalmarkt mit dem Ziel, sein Risiko für den Ausfall der Forderungen an den Markt weiterzugeben. Diese Transaktion erbrachte einen sofortigen Erlös in Höhe von 4,6 Mrd. Euro, der finanzstatistisch unter „Erlöse aus der Veräußerung von Beteiligungen und sonstigem Kapitalvermögen“ (Gruppe 133) nachgewiesen wird.

Für das Jahr 2004 ergibt sich somit aus der Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben (einschl. interner Verrechnungen) finanzstatistisch ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 39,8 Mrd. Euro, 0,6 Mrd. Euro mehr als im Vorjahr. Zu seiner Deckung wurden in erster Linie Kredite aufgenommen. Die Schulden des Bundes lagen Ende 2004 mit 803,0 Mrd. Euro um 5,6% bzw. 42,5 Mrd. Euro über denen des Vorjahres.

Sondervermögen des Bundes

Die *Ausgaben* der Sondervermögen des Bundes und der EU-Anteile reduzierten sich 2004 gegenüber 2003 um 8,8% auf 34,9 Mrd. Euro (siehe Tabelle 2), wobei die Ausgaben der EU-Anteile um 6,7% auf 19,0 Mrd. Euro und die der Sondervermögen um 11,1% auf 15,9 Mrd. Euro zurückgingen.

Innerhalb der Sondervermögen, von denen es auf Bundesebene insgesamt acht gibt (siehe Vorbemerkung), sind unterschiedliche Tendenzen auf der Ausgabenseite sichtbar. So steigerte der Erblastentilgungsfonds seine Ausgaben gegenüber 2003 um 55,0% auf 0,7 Mrd. Euro, die Ausgaben des Fonds „Aufbauhilfe“, der zur Beseitigung der Schäden infolge des Hochwassers im August 2002 auf Grundlage des Entwurfs des Flutopfersolidaritätsgesetzes mit einem Ausgabevolumen von 7,1 Mrd. Euro eingerichtet wurde, sanken dagegen um 56,0% auf 1,3 Mrd. Euro.

Die *Einnahmen* der Sondervermögen des Bundes (einschl. EU-Anteilen) nahmen gegenüber dem Vorjahr um 24,1% ab und lagen damit bei 36,5 Mrd. Euro.

Der Einnahmerückgang ist unter anderem dadurch zu erklären, dass allein die Einnahmen des Erblastentilgungsfonds 2004 einen Rückgang um 66,1% von 2,5 Mrd. Euro (2003) auf 0,9 Mrd. Euro (2004) aufwiesen. Ursächlich dafür war die bereits angesprochene geringe Gewinnausschüttung der Deutschen Bundesbank und daraus resultierend die ausbleibenden Zuweisungen an den Erblastentilgungsfonds. Hinzu kommt, dass die Mittelzuweisungen der Länder an den Sonderfonds „Aufbauhilfe“ mit dem Jahr 2003 endeten, sodass dieser Fonds im Jahr 2004 nahezu keine Einnahmen mehr hatte (-99,9%).

Während die Sondervermögen im Berichtsjahr 2003 noch einen Überschuss von 9,9 Mrd. Euro aufwiesen, schlossen sie 2004 mit einem *Finanzierungsüberschuss* von nur noch 1,7 Mrd. Euro ab. Für das Jahr 2004 beliefen sich die *Schulden* der Sondervermögen des Bundes auf 57,3 Mrd. Euro, was einem Rückgang gegenüber 2003 um 1,6 Mrd. Euro bzw. 2,7% entspricht.

Sozialversicherung

Für das Berichtsjahr 2004 summierten sich die *Ausgaben* der gesetzlichen Sozialversicherung auf 466,1 Mrd. Euro (siehe Tabelle 2) und lagen damit um 1,3% unter denen des Vorjahres. Bei den *Einnahmen* konnte ein Zuwachs um 0,4% auf 468,0 Mrd. Euro verzeichnet werden. Dadurch ergab sich für 2004 ein *Finanzierungsüberschuss* (einschl. interner Verrechnungen) in Höhe von 2,1 Mrd. Euro, nachdem die Sozialversicherung 2003 noch mit einem Defizit in Höhe von 6,0 Mrd. Euro abgeschlossen hatte.

In den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung zeigte sich dabei folgendes Bild: Mit einem Wert von 232,2 Mrd. Euro verausgabte die gesetzliche *Rentenversicherung* der Arbeiter und Angestellten im Berichtszeitraum 0,6% mehr als im Vorjahr, in dem der Anstieg der Ausgaben noch 2,5% betragen hatte. Der geringere Zuwachs der Ausgaben ist trotz einer Steigerung des Rentenbestandes um 1,2% unter anderem mit den ausgesetzten turnusmäßigen Rentenanpassungen zum 1. Juli 2004 zu erklären. Hinzu kam, dass der hälftige Anteil der gesetzlichen Rentenversicherung am Pflegeversicherungsbeitrag der Rentner zum 1. April 2004 entfallen ist.

Die Einnahmen der Rentenversicherung erhöhten sich im Jahr 2004 gegenüber 2003 um 1,0% auf 230,7 Mrd. Euro. Ursächlich dafür war der von der Rentenversicherung der Angestellten erzielte Erlös aus der Veräußerung der Beteiligungen an der Gemeinnützigen Aktiengesellschaft für Angestellten-Heimstätten (GAGFAH) in Höhe von 2,1 Mrd. Euro. Der zusätzliche Bundeszuschuss (finanziert durch Einnahmen aus der Ökosteuer), der 2003 noch eine Steigerung um 19,3% aufwies, blieb in diesem Jahr relativ konstant (-0,1% auf 17,3 Mrd. Euro). Aus der Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben ergibt sich bei der gesetzlichen Rentenversicherung für das Berichtsjahr ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 1,4 Mrd. Euro. Das entspricht einer Senkung des Defizits um 45,1%.

Die gesetzliche *Krankenversicherung* konnte ihre Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr um 3,5% auf 138,9 Mrd. Euro senken. So reduzierten sich die Ausgaben für Arznei-, Verband- und Hilfsmittel aus Apotheken um 10,8% auf einen Wert von 20,3 Mrd. Euro, insbesondere wegen der Verpflichtung der Arzneimittelhersteller, den Kassen einen Rabatt von 16% auf verschreibungspflichtige Produkte einzuräumen (diese Regelung lief jedoch Ende 2004 aus). Die Aufwendungen für die ärztliche Behandlung waren eben-

⁴⁾ Der „Pariser Club“ (Mitglieder: die Länder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und andere Gläubigerstaaten) vermittelt seit 1956 zwischen den Geberländern und Staaten, die Schwierigkeiten bei der Rückzahlung von Krediten haben. Das Gremium nimmt in der Regel Umschuldungsaktionen vor, die mit strengen Auflagen versehen sind. Kombiniert werden diese meist mit wirtschaftlichen Sanierungsprogrammen, die der Internationale Währungsfonds (IWF) anordnet.

falls rückläufig (– 5,3% auf 23,0 Mrd. Euro). Die prozentual größte Ausgabenminderung mit 11,4% auf 8,2 Mrd. Euro wies die gesetzliche Krankenversicherung 2004 bei den Heil- und Hilfsmitteln aus.

Ausgabensteigerungen zeigten sich dagegen im Berichtsjahr bei den Leistungen für Krankenhausbehandlungen (+ 1,2% auf 45,9 Mrd. Euro) und Schwangerschaften (+ 8,2% auf 3,0 Mrd. Euro). Die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung werden in der Finanzstatistik als laufender Sachaufwand ausgewiesen. Die Krankengeldzahlungen (finanzstatistisch: Soziale u. ä. Leistungen) lagen 2004 bei 6,4 Mrd. Euro, was einem Rückgang um 8,8% entspricht.

Auf der Einnahmenseite der gesetzlichen Krankenversicherung wurde 2004 insgesamt ein Wert von 142,8 Mrd. Euro ausgewiesen, das sind 1,5% mehr als im Jahr zuvor. Ursächlich dafür waren die Einführung der Praxisgebühr, die höhere Zuzahlung bei Medikamenten sowie die Verdoppelung der Kassenbeiträge auf Betriebsrenten. Daraus ergibt sich für das Jahr 2004 ein Finanzierungsüberschuss von 4,0 Mrd. Euro, während im Vorjahr noch ein Defizit von 2,9 Mrd. Euro ausgewiesen wurde.

Während die Ausgaben der gesetzlichen *Pflegeversicherung* 2004 um 0,7% anstiegen (von 17,5 auf 17,6 Mrd. Euro), blieben die Einnahmen konstant (bei einem Wert von 16,9 Mrd. Euro). Daraus ergibt sich ein Defizit von 0,8 Mrd. Euro (+ 19,1%).

Die *Bundesagentur für Arbeit* wies für den Berichtszeitraum 54,5 Mrd. Euro Ausgaben und damit 4,2% weniger als im Vorjahr aus. Die Zuschüsse für die berufliche Weiterbildung sanken um 29% auf 1,4 Mrd. Euro. Ein ähnlicher prozentualer Ausgabenrückgang (um 27,6% auf 1,2 Mrd. Euro) konnte bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) beobachtet werden. Gestiegen sind dagegen die Ausgaben zur Förderung der Selbstständigkeit (+ 23,6%) sowie die Existenzgründungszuschüsse (+ 265,3%) auf 1,7 Mrd. bzw. 1,0 Mrd. Euro. Für das Arbeitslosengeld wurden 2004 mit 29,1 Mrd. Euro nur geringfügig (+ 0,1%) mehr Mittel als im Jahr zuvor verausgabt.

Die eigenen Einnahmen der Bundesagentur für Arbeit gingen um 0,6% auf 50,3 Mrd. Euro zurück. Daraus ergibt sich zwischen eigenen Ausgaben und eigenen Einnahmen eine Differenz von 4,2 Mrd. Euro (Vorjahr: 6,2 Mrd. Euro). Gemäß § 365 SGB III gleicht der Bund diese Differenz in Form eines Zuschusses aus. Die Bundesagentur für Arbeit weist daher grundsätzlich weder ein Finanzierungsdefizit noch einen Finanzierungsüberschuss aus.

Länder

Die um die Zahlungen untereinander *bereinigten Ausgaben* der Länder reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr leicht (siehe Tabelle 2). Während 2003 Ausgaben in Höhe von 258,6 Mrd. Euro getätigt wurden, waren es 2004 255,9 Mrd. Euro (früheres Bundesgebiet einschließlich Berlin: 211,5 Mrd. Euro, neue Bundesländer: 51,7 Mrd. Euro). Das entspricht insgesamt einem Rückgang um 2,7 Mrd. Euro bzw. 1,0%.

Ursächlich hierfür war in erster Linie, dass die Länder 2004 mit 0,1 Mrd. Euro 82,4% weniger laufende Zuweisungen an die Sondervermögen leisteten als noch im Jahr 2003, insbesondere weil die Zahlungen der Länder an den Fonds „Aufbauhilfe“ ausliefen.

Die Ausgaben für das Personal wiesen 2004 nur einen geringen Anstieg von 0,3% gegenüber dem Vorjahr auf 97,3 Mrd. Euro auf. Für die Aktivbezüge ergab sich ein leichter Rückgang um 0,4% auf 79,9 Mrd. Euro. Die Versorgungsbezüge stiegen dagegen um 3,5% auf 17,4 Mrd. Euro (früheres Bundesgebiet einschließlich Berlin: + 3,4% auf 17,3 Mrd. Euro, neue Länder: + 20,3% auf 0,2 Mrd. Euro) an.

Mit 230,8 Mrd. Euro lagen die *bereinigten Einnahmen* der Länder insgesamt um 1,7% über den entsprechenden Vorjahreswerten. Während die Länder des früheren Bundesgebietes (einschließlich Berlin) einen Anstieg um 2,3% auf 190,1 Mrd. Euro aufwiesen, reduzierten sich die Einnahmen der neuen Bundesländer geringfügig um 0,1% auf 48,0 Mrd. Euro.

Zurückzuführen ist die positive Gesamtentwicklung unter anderem auf die Einnahmensteigerung im Bereich der Landessteuern um 5,7% auf 19,8 Mrd. Euro. Hier konnte beispielsweise bei der Erbschaftsteuer ein Zuwachs von 27,0% verzeichnet werden. Das entspricht einem Plus von 0,9 auf 4,3 Mrd. Euro im Vergleich zu 2003. Ebenso stiegen die den Ländern zustehenden Einnahmen aus der Kfz-Steuer (+ 5,5% auf 7,7 Mrd. Euro).

Die gegenüber dem Jahr 2003 günstigere Situation der Einnahmen wurde darüber hinaus aufgrund eines Beschlusses der EU-Kommission im Oktober 2004 herbeigeführt. Danach haben einige Landesbanken Beihilferückzahlungen an die Länder in Höhe von insgesamt 4,3 Mrd. Euro zu leisten, wovon ein Teil bereits im Jahr 2004 gezahlt wurde. Mit diesen Rückzahlungen sollen die Wettbewerbsvorteile ausgeglichen werden, die dadurch entstanden, dass den Landesbanken übertragene Landesvermögen zu gering verzinst wurden.

Rückläufig waren dagegen vor allem wegen der Absenkung des Einkommensteuertarifs die Einnahmen aus der Lohnsteuer (– 7,0% auf 52,6 Mrd. Euro), sowie die Einnahmen aus der Gewerbesteuerumlage (– 13,0% auf 4,3 Mrd. Euro). Da der Gewerbesteuerumlagesatz gesenkt wurde, mussten die Kommunen weniger Gewerbesteuer an die Länder (und den Bund) abführen.

Aus der Differenz zwischen den Einnahmen und den Ausgaben (einschl. interner Verrechnungen) errechnet sich ein *Finanzierungsdefizit* in Höhe von 25,2 Mrd. Euro. Verglichen mit 2003 konnte das Defizit um 6,4 Mrd. Euro verringert werden.

Der *Schuldenstand* der Länder insgesamt belief sich im Berichtsjahr auf 443,0 Mrd. Euro. Gegenüber 2003 entspricht das einer Zunahme von 6,8%. Bei den Flächenländern hatten die alten Bundesländer einen Anstieg um 6,5% (von 269,4 Mrd. Euro im Jahr 2003 auf 286,9 Mrd. Euro im Jahr 2004) zu verzeichnen. Der Zuwachs in den Flächenländern der neuen Bundesländer fiel prozentual geringer aus und lag bei 5,7% (von 66,8 auf 70,6 Mrd. Euro). Die größte

Steigerung wiesen im Berichtsjahr mit 8,7% die Schulden der Stadtstaaten aus, deren Schuldenstand sich somit 2004 auf 85,5 Mrd. Euro summierte.

Kommunale Haushalte

Die *Ausgaben* der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv.) betrugen im Jahr 2004 in Deutschland insgesamt 149,2 Mrd. Euro (siehe Tabelle 3) und lagen damit um 0,5% unter dem Vorjahresniveau.

Tabelle 3: Ausgaben, Einnahmen und Schulden der kommunalen Haushalte

Ausgaben/Einnahmen	2004	2003	Veränderung
	Mill. EUR		%
Bereinigte Ausgaben	149154	149905	-0,5
darunter:			
Personalausgaben	40460	40474	-0,0
Laufender Sachaufwand	29130	29130	+0,0
Zinsausgaben	4789	5103	-6,2
Laufende Zuweisungen an öffentlichen Bereich ¹⁾	37536	37080	+1,2
Soziale u. ä. Leistungen	31928	30514	+4,6
Baumaßnahmen	15396	16838	-8,6
Erwerb von Sachvermögen	4310	4574	-5,8
Darlehensgewährungen	548	457	+19,9
Bereinigte Einnahmen	145339	141349	+2,8
darunter:			
Steuern und steuerähnliche Abgaben	51176	46757	+9,4
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	8592	9281	-7,4
Laufende Zuweisungen vom öffentlichen Bereich ¹⁾	72094	70595	+2,1
Gebühren u. ä. Entgelte	16104	16218	-0,7
Veräußerung von Beteiligungen ..	1413	1744	-19,0
Finanzierungssaldo ²⁾	-3839	-8540	X
Nettokreditaufnahme	856	1294	X
Schuldenaufnahme	8790	10838	-18,9
Schuldentilgung	7934	9544	-16,9
Stand der Schulden am 31. Dezember			
Kreditmarktschulden	84408	84170	+0,3
Kassenverstärkungskredite ³⁾	20159	16260	+24,0

1) Einschl. Schuldendiensthilfen. – 2) Einschl. Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen. – 3) Zur Überbrückung vorübergehender Liquiditätsengpässe.

Aufgrund spürbarer Zuwächse beim Sozialhilfe- und Jugendhilfeaufwand und einer kräftigen Zunahme bei den Grundsicherungsleistungen stiegen die kommunalen Ausgaben für soziale Leistungen um 4,6% auf 31,9 Mrd. Euro. Dagegen überstiegen sowohl die Personalausgaben mit 40,5 Mrd. Euro als auch die laufenden Sachaufwendungen der Gemeinden in Höhe von 29,1 Mrd. Euro nicht das Niveau des Jahres 2003. Deutlich rückläufig entwickelten sich die kommunalen Zinsausgaben; sie gingen um 6,2% auf 4,8 Mrd. Euro zurück. Noch stärker reduzierten sich erneut die für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung sehr bedeutsamen Sachinvestitionen (-8,0% auf 19,7 Mrd. Euro). Dabei gingen die kommunalen Baumaßnahmen mit -8,6% auf 15,4 Mrd. Euro sogar noch etwas stärker zurück. Der Rückgang fiel sowohl bei den gesamten Sachinvestitionen (-8,2 gegenüber -7,1%) als auch bei den Bauausgaben (-9,2 gegenüber -6,7%) im Westen Deutschlands etwas deutlicher als im Osten aus.

Die kommunalen *Einnahmen* stiegen im Berichtszeitraum um 2,8% auf 145,3 Mrd. Euro (siehe Tabelle 3). Dies lag insbesondere am kräftigen Zuwachs der Steuereinnahmen der Gemeinden um 9,4% auf 51,2 Mrd. Euro. Im Vorjahresvergleich wiesen die Gemeinden des früheren Bundesgebietes ein Steuerwachstum von 9,3% auf, die Kommunen der neuen Länder verzeichneten sogar eine Steigerung um 11,3%. Zum Zuwachs der kommunalen Steuereinnahmen insgesamt trug besonders die Gewerbesteuer bei, deren Aufkommen sich – nach Abzug der Gewerbesteuerumlage – um 35,7% auf 20,6 Mrd. Euro erhöhte. Ursächlich hierfür war die bereits erwähnte Reduzierung des Anteils am Gewerbesteueraufkommen, den die Kommunen an Bund und Länder abzuführen haben (= Gewerbesteuerumlage). Die Grundsteuereinnahmen der Gemeinden legten um 2,8% auf 8,8 Mrd. Euro zu. Geringer als im Vorjahr fielen dagegen die Einnahmen aus dem kommunalen Anteil an der Einkommensteuer mit -6,3% auf 18,6 Mrd. Euro aus.

Die von den Ländern im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs gezahlten Schlüsselzuweisungen lagen um 3,0% höher als im Jahr 2003 und beliefen sich auf 22,1 Mrd. Euro. Auch die investiven Zuweisungen der Länder für ihre Gemeinden fielen mit 7,7 Mrd. Euro noch geringfügig höher aus als im Vorjahr (+0,2%).

Deutlich niedriger als im Vorjahr lagen die kommunalen Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit (-7,4% auf 8,6 Mrd. Euro), ebenso die Veräußerungserlöse aus Beteiligungen (-19,0% auf 1,4 Mrd. Euro). Die kommunalen Gebühreneinnahmen lagen mit 16,1 Mrd. Euro um 0,7% unter dem Betrag des Vorjahres.

Aus der Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen errechnet sich für 2004 ein kommunales *Finanzierungsdefizit* in Höhe von 3,8 Mrd. Euro. Im Vorjahr hatte sich noch ein Fehlbetrag von 8,5 Mrd. Euro ergeben.

Zum Ausgleich des Defizits nahmen die Gemeinden und Gemeindeverbände 0,9 Mrd. Euro an neuen Krediten (nach Abzug der Schuldentilgungen) auf. Darüber hinaus entnahmen sie benötigte Mittel ihren Rücklagen oder beanspruchten kurzfristige Kassenkredite. Der Stand der Schulden, den die Kommunen zur Finanzierung ihrer Haushalte aufgenommen haben, erhöhte sich zum Jahresende 2004 leicht auf 84,4 Mrd. Euro. Kurzfristige Verbindlichkeiten aus Kassenkrediten hatten die Gemeinden/Gemeindeverbände am 31. Dezember 2004 in Höhe von 20,2 Mrd. Euro.

Der Strukturvergleich zwischen den Gemeinden/Gv. der alten und der neuen Bundesländer weist sowohl für die Ausgaben als auch für die Einnahmen noch immer deutliche Unterschiede aus. Nach wie vor liegt der Anteil der öffentlichen Zuweisungen bei den ostdeutschen Kommunen mit 73,6% der gesamten Einnahmen erheblich über dem Vergleichswert der Gemeinden in den westdeutschen Ländern (51,8%). Umgekehrt stand bei den Steuereinnahmen einem Anteil von 38,7% in den westdeutschen Gemeinden lediglich ein Anteil von 18,3% im Osten Deutschlands gegenüber. Auf der Ausgabenseite ergab sich der größte Unterschied bei den Bauinvestitionen, die im Osten mit 15,8% einen deutlich höheren Anteil als im Westen (9,2%) aufwiesen. [lu](#)

Auszug aus Wirtschaft und Statistik

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2005

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung: Johann Hahlen
Präsident des Statistischen Bundesamtes
Verantwortlich für den Inhalt:
Brigitte Reimann,
65180 Wiesbaden

- Telefon: +49 (0) 6 11/75 20 86
- E-Mail: wirtschaft-und-statistik@destatis.de

Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage
Part of the Elsevier Group
Postfach 43 43
72774 Reutlingen
Telefon: +49 (0) 70 71/93 53 50
Telefax: +49 (0) 70 71/93 53 35
E-Mail: destatis@s-f-g.com

Erscheinungsfolge: monatlich



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: www.destatis.de

oder bei unserem Informationsservice
65180 Wiesbaden

- Telefon: +49 (0) 6 11/75 24 05
- Telefax: +49 (0) 6 11/75 33 30
- E-Mail: info@destatis.de